

Ein Update ist verfügbar ...

Sascha Regier (2023): Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung

Bielefeld: transcript, ISBN 978-3-8376-6437-9, 402 Seiten, 44,00 Euro (als PDF im Open Access)



Im Untertitel angekündigt als ein (kritischer) Ansatz der Politischen Bildung setzt der hier vorgelegte Entwurf von Grundzügen einer *Soziopolitischen Bildung* vor allem dabei an, zunächst überhaupt „den Staat aus der Gesellschaft [zu] denken“ – nämlich programmatisch im Sinne einer Klärung ihrer fachlichen Voraussetzungen und aus ganz praktischem Anlass: Hier überprüft je-

mand gewissenhaft die auf »den Staat« bezogenen Prämissen der fachdidaktischen Literatur, die (nicht nur) ihm im Vorbereitungsdienst auf das Zweite Staatsexamen als die fachdidaktische Literatur vorgestellt wurde.

Plausibel strukturiert sich der Argumentationsgang ausgehend von einem Nachvollzug politikwissenschaftlicher Entwicklungslinien (Kapitel 1), die selbst durch eine eigentümlich apolitische »Staatslosigkeit« gekennzeichnet sind, was sich dann (Kapitel 2) auch auswirkt auf solche dominanten *affirmativen* Strömungen der Politischen Bildung, für welche die Politikwissenschaft die herausragende Bezugsdisziplin darstellt und in denen entsprechend »der Staat« konzeptionell nur noch als – herrschaftsblind normativ überhöhtes – Faktum vorausgesetzt ist. Unter anderem am Beispiel des Politikzyklus (2.4.2) wird dieses disziplinäre Korrespondenzverhältnis anschaulich.

Elegant eingewobene kritische Einordnungen und Abgrenzungen bereiten bereits jene Anforderungen an eine *Soziopolitische Bildung als staatstheoretisch erweiterte Kritische Politische Bildung* vor, die – spätmoderne Ambivalenzen auslotend – in Kapitel 3 als eine unter anderem macht- und herrschaftskritische (3.1) ausgeführt wird. Neben der weiterführenden Begriffsbestimmung von »Kritik«, »des Politischen« und »Bildung« fällt hier der – nicht zuletzt zugunsten einer unkritisch wirtschaftswissenschaftlichen – weitgehend verdrängten soziologischen Perspektive von Politischer Bildung die für die *Soziopolitische Bildung* namensgebende Aufgabe zu, nicht nur die strukturelle Konflikthaftigkeit von Gesellschaft an sich, sondern damit eben auch die Konstitutionsbedingungen von Staatlichkeit als gesellschaftlichem Kampffeld (historisch) zu begreifen, wie sie im folgenden Kapitel (4.) staatstheoretisch diskutiert und vertieft werden.

Im Hinblick auf das abschließende und mehr als die Hälfte des Umfanges ausmachende 5. Kapitel antizipiert der am Ende der Einleitung gegebene Hinweis, dass die nun entfaltenen Bezugstheorien „der Politischen Bildung nicht nur analytische Impulse, sondern auch praktische“ (S. 22) zu geben in der Lage sind, mögliche Einwände. Und tatsächlich verselbstständigen sich die konzisen Ausführungen – etwa zu Regulationstheorie, Neogramscianische Internationale Politische Ökonomie, Poulantzas, Foucault oder feministische Staatstheorie – hier nicht, sondern bleiben stets auf ihren didaktischen Gebrauchswert im Rahmen einer Soziopolitischen Bildung bezogen.

Es gelingt dem Autoren vielmehr eine von seinem transparent gemachten Erkenntnisinteresse nachvollziehbar angeleitete und beeindruckend sachkundig anmutende Darstellung, in der über die akademischen Rezeptionskonjunkturen mitunter in Vergessenheit geratene Theoreme genetisch vergegenwärtigt und mit im aktuellen Feld der Kritischen Politischen Bildung durchaus präsenten schlüssig verknüpft werden, hinsichtlich ihrer Reichweite und Grenzen eingeordnet oder in der eigenen Positionierung differenziert um Voraussetzungen des (analytischen) Gelingens ergänzt.

Die inhaltlich anspruchsvolle Lektüre bleibt erstaunlich kurzweilig und lädt unwillkürlich dazu ein, in einen imaginären Dialog mit dem Verfasser zu treten und das Gelesene durch eigene Erfahrungen, Beobachtungen oder Lesarten zu ergänzen – was es noch reizvoller macht, die anregenden Gedankengänge nachzuvollziehen. Bei aller für dieses ambitionierte Vorhaben nötiger gedanklicher Strenge wie auch in – was keinesfalls selbstverständlich ist: – tadelloser formaler und Textqualität gelingt es Sascha Regier klar und verständlich, bisweilen sogar regelrecht spannend formuliert und daher wirklich sehr gut lesbar sowie auf breiter, fachlich stets einschlägiger Literaturbasis mit zudem vorbildlich hoher Belegdichte für einen soziopolitischen Zugang zu werben, der „durch eine soziologische und staatskritische Perspektive auf das Politische dieses in seiner strukturellen Konflikthaftigkeit zu erfassen vermag.“ (S. 11) Das wird durch einen durchgängigen Einsatz von Ein- und Überleitungen, Zusammenfassungen und Querverweisen unterstützt, was den kohärenten Gesamteindruck unterstreicht; auch der Blick in den zugunsten der Klarheit des im Fließtext verfolgten Gedankens wohltuend ausgiebig genutzten Anmerkungsapparat erweist sich oft als instruktiv und lohnend.

Die sich wiederholende Verwendung verdichtender Aufzählungen à la „erstens ..., zweitens ...“ verleihen der Argumentation zweifellos weitere Klarheit, sind aber stilistisch sicher Geschmacksfragen und vermutlich auch dem Charakter einer Qualifikationsschrift geschuldet. Da der Kritik, will sie relevant werden, eigentümlich ist, selbst das, was sie kritisiert, noch zugleich auch immer besser machen zu müssen als die dafür Kritisierten, die

eben nur (im doppelten Wortsinne) *selbst-verständlich* das machen, was sie eben so tun – umso mehr, wenn es die einflussreicheren eines Feldes sind – schützt dieses sehr strukturierte Vorgehen den Verfasser so auch vor an formalen Einwänden entzündenden Nebelkerzen der Zurückweisung und Delegitimation seiner Kritik. Denn in der Konsequenz solide und ausführlich entwickelter Überlegungen kommt Sascha Regier zu vernichtenden Urteilen über die gerade in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung als – erneut im doppelten Sinne: – *schlicht* geübte Praxis den Diskursraum wirkmächtig und für das Berufsfeld folgenreich einschränkende, gramscianisch als „hegemonial“ gefasste Politische Bildung – selbst nach ihrem eigenen Selbstverständnis und Anspruch.

Wollte man Kritik üben, so zeigt sich dem Rezensenten – der sich sehr wohl bei fachdidaktischen, nicht aber bei den hier in der Hauptsache vorgestellten avancierten fachwissenschaftlichen Theorien ein abschließendes Urteil zutraut; mit dieser einen Ausnahme: – dann doch mal wieder eine eher mit ihrer weitverbreiteten unzulänglichen Aneignung verwechselte Hannah Arendt, die auf eine liberalistisch eingehegte Pluralität (S. 24 f.) reduziert oder gar mit der Totalitarismustheorie (S. 31) identifiziert wird. Der theoriepolitischen Traditionslinie, in der der Verfasser steht, entsprechend, spielt Arendt aber über die Einleitung hinaus dort, wo sich dies inhaltlich auswirken könnte, überhaupt keine Rolle.

Auf die (angebliche) Rückkehr des Staates infolge von Covid-19-Pandemie und des imperialistischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine wird vor allem in der Einleitung zwar hingewiesen, sie findet jedoch keinen weiteren Niederschlag mehr in der Analyse – vermutlich ist es dafür auch noch zu früh, gehört es doch zum Schicksal seriöser Theoriebildung, wesentlich nur ein *Nachdenken* sein zu können. Andererseits ist die „zeitgenössische bürgerliche Gesellschaft [...] weiterhin auf Grund ihrer ökonomischen Strukturen als »Kapitalismus« zu bezeichnen“ (S. 114), insofern werden auch solche Zäsuren eher nicht wirklich jene fundamentalen Veränderungen bewirken, die das Feuilleton regelmäßig in ihnen zu erkennen glaubt – und wenn doch, dann allenfalls zum erwartbar Schlechteren und gerade darin *in der bisherigen Logik* einer auf Ungleichheit als Prinzip beruhenden gesellschaftlichen Ordnung, als konkret bürgerlich-kapitalistische, die – ein Grundmotiv der hier besprochenen Untersuchung – insofern *systematisch* und zunehmend auch in den globalen Metropolen spürbar im Widerspruch zu Demokratie steht.

Es bleibt festzuhalten, dass sich einmal mehr die akademische Fachdidaktik der *Politischen Bildung* – auch und gerade, wo sie faktisch nur *Politikdidaktik* sein will (S. 10) – aufgefordert sieht, Rechenschaft über ihre expliziten und, mehr noch, auch ihre eben nur impliziten und oft verkürzten fachlichen Vorannahmen abzulegen, denn „[d]ie gegenwärtigen Krisenzeiten belegen aufs Dringlichste, dass Politische Bildung nicht im selbstreferentiellen Raum der Politikdidaktik verharren darf, meint sie es ernst mit der Verwirklichung der Ziele der Moderne, Freiheit, Autonomie und Selbstregierung für alle Individuen zu ermöglichen.“ (S. 363) Und, ist man versucht, zu ergänzen, damit es auch ernst meint mit sich selbst und der oftmals *gegen* die klassischen Einsichten der Disziplinengeschichte gerichteten Forderung nach »Professionalisierung«. Es wird deutlich, dass die bis heute einflussreichen Ansätze insbesondere einer im Kern als Erziehung/Belehrung traditionellen Politischen »Bildung« somit nicht nur *fachdidaktisch* (wie beispielsweise die Debatte um die »Konzepte der Politik« Anfang der 2010er Jahre schon aufgezeigt hat), sondern auch *fachlich* am Gegenstand vorbeigehen. Also gerade in jenem Feld, worin sie sich als vermeintliche Expert:innen selbstbewusst von Strömungen einer Politischen *Bildung* abgrenzen.

Angesichts eines hier nun erneut eindrücklich herausgearbeiteten, letztlich dramatischen Ungenügens konturiert sich jedoch nicht weniger als ein Scheitern gegenüber dem bisher dennoch wohl allgemein akzeptierten Bildungsbeitrag des (Schul-) Faches; gerade die „maßgeblich verwendeten Ansätze“ verfehlen, so auch das Fazit Sascha Regiers, „das Ziel der (politischen) Mündigkeit“ (S. 362). Es bleibt daher nur – im vitalen Interesse der Politischen Bildung und eben nicht bloß einer, die sich selbst als Kritische von dieser unterschieden zu sehen gezwungen ist – diesem Titel Verbreitung und die verdiente Resonanz zu wünschen. Durch die auch digitale Veröffentlichung im Open Access hat der Verfasser alle Voraussetzungen dafür geschaffen, über alles Weitere hat, wie immer, schließlich die Geschichte zu urteilen.

Sven Rößler, Oldenburg